

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 4

Artikel: Ein sozialdemokratisches Votum gegen die GSoA-Initiative : die Welt ist so, wie sie ist...
Autor: Miville, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Welt ist so, wie sie ist...

Von Carl Miville

In der ständerätlichen Debatte über die Initiative «Schweiz ohne Armee» hat Carl Miville-Seiler in einer für Sozialdemokraten ungewöhnlich scharfen Weise gegen das Volksbegehren votiert. Wir publizieren sein Votum als Beitrag zu der in der SP offen geführten Diskussion über die GSoA-Initiative, in der alle Standpunkte zu Wort kommen sollen.

Im Gespräch mit der Redaktion hat C. Miville seine Überzeugung geäußert, dass Befürchtungen, diese Diskussion schade der Partei, spalte sie womöglich, fehl am Platz sind: «Das ist eine Frage der eidgenössischen Politik neben vielen anderen Fragen. Ich wünsche, mit den sozialdemokratischen Anhängern des Volksbegehrens über diese eine Meinungsverschiedenheit hinweg in der gleichen Partei zu bleiben, um gemeinsam mit ihnen jene anderen Fragen anzugehen.»

Ich bin Sozialdemokrat, und ich spreche hier aus meiner sozialdemokratischen Sicht der Dinge... Ich vergesse nicht, was ich in diesem Jahrhundert erlebt habe. Dazu gehört der Kampf auf Leben und Tod, den die Demokratie gegen die faschistische und nationalsozialistische Diktatur zu bestehen hatte. Innerhalb dieses Kampfes gibt es eine sozialdemokratische Tradition.

Ich denke an den bewaffneten Widerstand der österreichischen Arbeiter gegen den Austro-Faschismus von 1934 – an den bewaffneten Widerstand, er war nicht gewaltlos. Ich denke an den heldenhaften Kampf der spanischen Arbeiterschaft gegen die Franco-Diktatur im Bürgerkrieg

von 1936 bis 1939. Auch das war notgedrungen ein bewaffneter Kampf. Diese Erlebnisse und die Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs haben mich geprägt.

Nach Jahren eines in unserem Land weitverbreiteten Antimilitarismus in den dreissiger Jahren bekannte sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz am Parteitag 1935 zur bewaffneten Neutralität und zur Landesverteidigung. Das hiess aus ihrer Sicht: zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften gegen die Diktatur. Dieser Programmbestandteil steht nach wie vor in Geltung, worauf ich ganz besonders hinweisen möchte. Als sich dann die Kriegsgefahr immer deutlicher abzeichnete, wurden überall im Land Vorwürfe laut, man sei nicht genügend gerüstet, und Gottlieb Duttweiler erhob die Forderung nach einer starken Luftwaffe. So geht das manchmal mit dem Stimmungsumschwung! Nur ist es dann leider oftmals zu spät, Versäumtes nachzuholen.

Darum – und weil ich auf diesem Gebiet keine Halbheiten kenne – sage ich in aller Deutlichkeit:

Für mich ist die Landesverteidigung eine verfassungsmässige Bundesaufgabe wie jede andere auch. Sie ist kritisch anzugehen, auch sparsam, aber ich sehe keinen Grund zu irgendwelcher Verkrampfung.

Mit anderen Worten: Ich sehe keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Anschaffung eines Panzers und zum Beispiel einer SBB-Lokomotive. Oder – um es ganz deutlich zu machen: Die militärische Landesverteidigung ist für mich gewiss nicht wichtiger als zum Beispiel die AHV – aber auch nicht unwichti-

ger. Daher kann ich mich nur mit dem zweiten Teil der Initiative einigermassen befreunden, wenn ich auch aus der Forderung nach «Selbstbestimmung des Volkes» in diesem Zusammenhang nicht klug werde. Nun kann man feststellen, dass diesem Teil des Volksbegehrens (umfassende Friedenspolitik) in unserem Lande schon in erheblichem Masse Folge geleistet wird: Entwicklungspolitik, Engagement für Frieden und Abrüstung, letztjähriger Bericht des Bundesrates über Friedens- und Sicherheitspolitik, Ausführungen von Bundesrat René Felber an der kürzlichen Konferenz des Uno-Instituts für Abrüstungsforschung sowie an der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien, wo Bundesrat Felber klar gemacht hat, die Schweiz sei willens, in den Abrüstungsfragen aktiv mitzuwirken. Ebenso wäre ich für die Entkriminalisierung der Dienstverweigerer und für ein schweizerisches Friedensinstitut, wie es schon lange verlangt wird.

Aber ich sehe nicht ein, wieso wir unsere Armee abschaffen sollen, ausgerechnet wir! Diese reine Verteidigungsarmee, von der die ganze Welt weiss, dass sie niemanden angreifen wird und die übrigens auch gar nicht über die Mittel hierzu verfügen würde. Ich sehe es gerade als Sozialdemokrat nicht ein:

Ich weiss von keiner sozialdemokratischen Partei in Europa, die so etwas verlangt, ich kenne keine sozialdemokratische Regierung, die so etwas unternimmt.

Wir geben – die Zahlen stammen von 1986 – 1,9 Prozent unseres Bruttosozialproduktes für militärische Landesverteidigung aus, das sozialdemokratisch regierte

Schweden 2,5 Prozent. Und dies mit gutem Grund:

Diese Welt ist so, wie sie ist, und nicht, wie wir sie gerne hätten. Ich bin der festen Überzeugung, dass immer wieder von rücksichtslosen, menschenverachtenden Diktaturen, wie wir sie in diesem Jahrhundert erlebt haben, Gefahren, Bedrohungen, politische Erpressungen ausgehen können, und in einer solchen Welt will ich mein Land nicht wehrlos sehen, wehrlos jeder Erpressung ausgeliefert.

Was bringt es, sich gewaltlos zu unterwerfen? Ich war 1947 in Dänemark. Man erzählte mir von den Repressalien der Nazi-Besetzungsmacht. Ich sah die Friedhöfe und die Mahnmale für Demokraten, für Linke, für Juden, für Widerstandskämpfer und für Verschleppte. Die gewaltlose Kapitulation hat dieses Land in der Folge vor nichts verschont, was ihm der Feind und Besetzer nur zufügen konnte.

Es muss immer wieder betont werden, was der norwegische Friedensforscher Johan Galtung gesagt hat: Nicht Armeen sind primär abzuschaffen, sondern die Kriege! Daher empfahl er den Übergang von offensiven zu rein defensiven Armeen, und in diesem Zusammenhang bezeichnete er die Schweizer Armee als positives Beispiel, denn Sicherheit – so Galtung – komme nicht von selbst. Zu ihr gehöre auch die militärische Verteidigung. Ich will mich nun nicht auf Erich Honecker beziehen, der sagte: «Der Friede muss bewaffnet sein!», obwohl er damit dasselbe ausdrückt wie Galtung. Aber vielleicht darf ich mich auf Fidel Castro beziehen – gewiss ein linker Mann –, der vor noch nicht langer Zeit gesagt hat, er verfolge mit Interesse die Friedens- und Abrüstungsbemühungen der Grossmächte, sehe aber darin vorderhand noch keine genügende Garantie für die

Sicherheit Kubas, um auf Rüstung zu verzichten. Wie ist denn das überhaupt? Linkerseits schwärmte man doch für den Kampf Vietnams gegen die USA, für die Armee der Sandinisten in Nicaragua. Man bewunderte weithin den tapferen Widerstand der Afghanen, der sich nun schliesslich als erfolgreich erwiesen hat. Und der Schweiz sollen die Waffen aus der Hand geschlagen werden! Was würde das bringen?

Die Welt würde damit um kein Jota friedlicher; wir würden ein militärisches Vakuum mitten in Europa schaffen, und das wäre kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Faktor der Instabilität.

Es gibt Forderungen, die im Zusammenhang mit dieser Initiative erhoben werden, sozusagen als Bedingungen zum Einverständnis mit ihrer Verwerfung. Mit einigen bin ich einverstanden, zum Beispiel, dass ganz deutlich gemacht werden muss, dass die Armee nicht für Einsätze «gegen innen» dienen kann und darf. Innere Konflikte haben wir sozial, gesellschaftlich und politisch zu bewältigen. Aber ich halte es zum Beispiel für unmöglich, der Armee einfach auf Jahre hinaus Anschaffungen zu verweigern oder jedes Wachstum militärischer Aufwendungen zu blockieren. Die Armee ist eine hochtechnisierte Unternehmung. Entweder wollen wir sie weiterhin – oder eben nicht. Wir können sie aber nicht einerseits wollen und andererseits veralten lassen, sie von der technischen Entwicklung abschneiden und zum untauglichen Instrument verkommen lassen. Zum Schluss seien mir vier Bemerkungen erlaubt:

1. Wir haben es heute wieder – wie vor mehr als 50 Jahren – mit einem starken Antimilitarismus in unserem Lande zu tun. Er ist zum Teil von edlen und idealisti-

schen Motiven getragen; ich möchte das hier ausdrücklich betonen. Zu einem anderen Teil ist er Ausdruck unserer vom Wohlstand geprägten motorisierten Freizeit- und Konsumgesellschaft, eines Individualismus und eines Überdrusses gegenüber Gemeinschaftsverpflichtungen, von der Steuerverdrossenheit über die Entpolitisierung bis zur Abneigung, sich für Chargen in irgendwelchen Verbänden oder Vereinen zur Verfügung zu stellen.

2. Es stellt ein Grund- und Naturrecht jedes Lebewesens und jedes Kollektivs von Lebewesen dar, sich zu wehren: für seine Familie, für seine Art und für die Erhaltung dieser Art. Ausgerechnet das will man uns verwehren. Man mutet es unserem Volk zu, sich auf eine gewisse Weise selbst aufzugeben.

3. Ich wende mich gegen jedes triste Manöver der angeblich vermummten zwei Nationalräte, die am Fernsehen so taten, als könne man nicht offen für diese Initiative eintreten. Noch schlimmer ist es, dass viele Medien auf diesen Trick hereingefallen sind und ihn immer wieder als bare Münze in ihre Argumentation aufnehmen. In das gleiche Kapitel gehört die unaufhörlich wiederholte Behauptung, die Armee sei eine «heilige Kuh» oder sie sei tabu. Wer einmal Inspektionen der Geschäftsprüfungskommissionen in militärischen Dingen mitgemacht hat, weiss, wie sich das in der Realität verhält.

4. *In einer Welt der Atom-, Biologie- und Chemiewaffen wäre Militarismus eine verbrecherische Gesinnung. Aber in einer Welt machtgeriger und aggressiver Diktaturen bietet der Antimilitarismus auch keine brauchbaren Problemlösungen an.*

Aus allen diesen Gründen bin ich aus voller Überzeugung für die Ablehnung der Initiative.